



**Gemeinsame Pressemitteilung des Bundesverbandes Bürgerinitiativen
Umweltschutz und der
Bürgerinitiative „Kein CO₂-Endlager“ vom 27.08.2013**

**Injektion von Kohlendioxid in Öl-Felder: BBU und Bürgerinitiative
„Kein CO₂-Endlager“ fordern Konsequenzen aus dem schleswig-
holsteinischen Datenschutzskandal**

(Bonn, Kiel, 27.08.2013) Nach wie vor stehen die Daten mehrerer hundert Einwanderinnen und Einwander, die sich gegen die Pläne ausgesprochen hatten, im dänischen Sektor der Nordsee Öl und Gas mittels Kohlendioxid-Injektionen zu fördern, im Internet. Damit setzt sich der Datenschutzskandal der letzten Woche fort, den schleswig-holsteinische Behörden zu verantworten haben. Diese hatten die Einwendungen mit Namen und Adressen der Einwendenden an dänische Behörden weitergeleitet. Dies geschah, obwohl bekannt ist, dass es in Dänemark üblich ist, solche Daten zu veröffentlichen. Angesichts dieses unverantwortlichen Umgangs mit personenbezogenen Daten verlangen der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und die Bürgerinitiative „Kein CO₂-Endlager“, dass die Landesregierung von Schleswig-Holstein unverzüglich die Verantwortlichen in ihren Behörden ermittelt und personelle Konsequenzen ergreift.

Dr. Reinhard Knof, der Pressesprecher der Bürgerinitiative „Kein CO₂-Endlager“ erklärt hierzu. „Es ist nicht lediglich als Organisationsversagen einer deutschen Behörde zu werten, wenn sensible Daten an eine dänische Behörde geschickt werden, obwohl die deutsche Behörde von einer Veröffentlichung dieser Daten in Dänemark sicher ausgehen muss. Vielmehr drängt sich der Eindruck auf, dass hier zielgerichtet Bürger eingeschüchtert und davon abgehalten werden sollen, sich mittels Einwendungen gegen umweltzerstörende Großprojekte auszusprechen.“

Der BBU und seine Mitgliedsinitiative „Kein CO₂-Endlager“ betonen, dass angesichts der negativen Vorbildfunktion dieses Vorgangs nicht lediglich eine Bürgerinitiative betroffen ist, sondern die gesamte Bürgerinitiativen-Bewegung. Das Verhalten der schleswig-holsteinischen Landesregierung ist für den BBU und „Kein CO₂-Endlager“ inakzeptabel.

Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU erklärt hierzu: „Bis heute haben weder die Landesregierung noch das Kieler Umweltministerium eine befriedigende Erklärung zu diesem Vorgang abgegeben. Wir fragen uns, ob hier

verantwortliche Behördenmitarbeiter geschützt werden sollen. Wir verlangen von der Landesregierung in Schleswig-Holstein eine unverzügliche und rückhaltlose Klärung des Vorgangs. Um eine Wiederholung zu verhindern, sind auch personelle Konsequenzen zu ziehen.“

Weitere Informationen: <http://www.kein-co2-endlager.de>, <http://www.bbu-online.de>

Engagement unterstützen

Zur Finanzierung seines vielfältigen Engagements bittet der BBU um Spenden aus den Reihen der Bevölkerung. Spendenkonto: BBU, Sparkasse Bonn, BLZ 37050198, Kontonummer: 19002666.

Informationen über den BBU und seine Aktivitäten gibt es im Internet unter www.bbu-online.de; telefonisch unter 0228-214032. Die Facebook-Adresse lautet www.facebook.com/BBU72. Postanschrift: BBU, Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn.

Der BBU ist der Dachverband zahlreicher Bürgerinitiativen, Umweltverbände und Einzelmitglieder. Er wurde 1972 gegründet und hat seinen Sitz in Bonn. Weitere Umweltgruppen, Aktionsbündnisse und engagierte Privatpersonen sind aufgerufen, dem BBU beizutreten um die themenübergreifende Vernetzung der Umweltschutzbewegung zu verstärken. Der BBU engagiert sich u. a. für menschen- und umweltfreundliche Verkehrskonzepte, für den sofortigen und weltweiten Atomausstieg, gegen die gefährliche CO₂-Endlagerung und für umweltfreundliche Energiequellen.